

Wolfgang Schreck

Hattingen

Heggerstraße 51
45525

Tel. 02324/201698

Schreck, Heggerstraße 51, 45525 Hattingen

Frau Annegret Krauskopf
Vorsitzende des Ausschusses für
Kinder, Jugend und Familie des Landtages
NRW
Per FAX



19. September 2001

Streichung der Landesförderung für kommunale Erziehungsberatungsstellen

Sehr geehrte Frau Krauskopf,

ich bin Vater von 2 Kindern und Leiter einer Erziehungsberatungsstelle in kommunaler Trägerschaft.

Mit Entsetzen musste ich zur Kenntnis nehmen, dass das zuständige Fachministerium im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2002 den Ansatz für die Förderung kommunaler Erziehungsberatungsstellen gestrichen hat.

Ihnen ist sicherlich die kompetente Arbeit von Erziehungsberatungsstellen bekannt. Seit Jahren leisten sie auf dem Gebiet der Einzelfallhilfen in Form von Diagnostik, Beratung und Therapie wesentliche Beiträge für die psychosoziale Versorgung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Familien. Zum Aufgabenspektrum gehören selbstverständlich auch präventive Angebote.

Wie sie sicherlich auch wissen, sehen sich die Kommunen aufgrund ihrer Haushaltssituation immer weniger in der Lage, bestehende Angebote aufrecht zu erhalten. Viele Städte, Gemeinden und Kreise haben keinen ausgeglichenen Haushalt, einige Städte sind durch die Restriktionen aufgestellter Haushaltssicherungskonzepte in ihren Gestaltungsmöglichkeiten massiv beeinträchtigt.

Ein Rückzug des Landes aus der bisherigen Förderung kommunaler Erziehungsberatungsstellen (Fördersumme 2001: 16.200.000 DM für insgesamt 415 Stellen mit Fachkräften) stellt sicherlich kein Signal für die Existenzsicherung dieser wichtigen Unterstützungssäule für Familien dar. Es ist zu befürchten, dass in den Kommunen die fehlenden Landesmittel nicht durch eigene Mittel ausgeglichen werden. Es ist damit zu rechnen, dass der Beratungsdienst in Qualität und Umfang eingeschränkt wird. Mit der Schließung von Einrichtungen wird gerechnet. Des Weiteren wird sich die Wirkung der fehlenden Landeszuschüsse nicht nur auf die kommunalen Beratungsstellen auswirken. Die freien Träger werden durch eine Reduktion der kommunalen Zuschüsse für die Beratungsarbeit nachhaltig beeinträchtigt.

Meine große Sorge ist es daher, dass eine Beratungslandschaft, die sich über Jahre gebildet hat und den Bedarfen entspricht, nachhaltig zerstört wird.

Alle Untersuchungen belegen weiterhin, dass der Beratungsbedarf nicht abnimmt sondern steigt. Die Zahlen von Erziehungsberatungsstellen können sich sehen lassen —seit Jahren steigt die Inanspruchnahme stetig. Dies dürfte sicherlich auch als Indiz für Qualität und Nutzen zu werten sein.

Eine Reduktion des Angebotes Erziehungsberatung trifft in der Regel gerade Familien, die der besonderen Unterstützung bedürfen. Alternativen gibt es nicht. Der frühzeitige Einsatz von Erziehungsberatung sorgt auch dafür, dass sich Probleme nicht verfestigen und Lösungen erforderlich machen, die eingriffsintensiver und letztlich auch teurer sind.

Es kann daher m. E. kein familien- oder sozialpolitisches Ziel sein, Maßnahmen zu ergreifen, die Familien genau dann treffen, wenn sie Hilfe erwarten dürfen.

Ich möchte Sie daher bitten, sich nachhaltig für den langfristigen Erhalt der Landesförderung für kommunale Erziehungsberatungsstellen einzusetzen.

Sicherlich stehen Ihnen Erziehungsberatungsstellen für weitere Fragen und Informationen zur Verfügung.

Ich möchte mich schon jetzt für Ihren Einsatz und Engagement bedanken und würde mich freuen zu erfahren, wie Sie in dieser Frage entschieden haben.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Schreck